

Aargauer Zeitung

abo+ VERSCHMUTZTE LUFT

5,5 Millionen gegen Gülle: Mit diesen Massnahmen will der Aargau den Ammoniak-Ausstoss verringern

Der Kanton muss handeln. Im Aargau ist Stickstoffbelastung höher als gesetzlich erlaubt. Mit einem Massnahmenplan will die Regierung dafür sorgen, dass die Landwirtschaft weniger Gülle ausstösst. Warum sowohl der Bauernverband als auch Pro Natura das Vorhaben unterstützen.

Leandra Sommaruga

08.01.2025, 05.00 Uhr

abo+ Exklusiv für Abonnenten



Seit 2024 sind sogenannte Schleppschläuche Pflicht. So können die Bauern die Gülle direkt in den Boden ausführen.

Bild: Boris Bürgisser

Wer auf dem Land spazieren geht, kann das Problem riechen. Stinkt es nach Gülle, verflüchtigt sich Ammoniak. Ist dieser in der Luft, braucht es nur Wind und Regen, und die Stickstoffverbindung gelangt in empfindliche Ökosysteme wie Hoch- und Flachmoore, Trockenwiesen oder Waldflächen, mit verheerenden Folgen für die Biodiversität.

Im Aargau ist der Ausstoss von Ammoniak und damit auch die Stickstoffbelastung zu hoch, wie Messungen des Kantons von 2020 gezeigt haben. Auf fast allen Waldflächen, Trockenwiesen und Hoch- und Flachmooren sind die Grenzwerte der Ammoniakbelastung überschritten.

Deshalb ist der Kanton verpflichtet, zu handeln. Im Dezember hat er einen Massnahmenplan vorgestellt. Dessen Ziel: die Emissionen von Ammoniak bis 2030 gegenüber 2019 um 15 Prozent zu reduzieren.

Der Regierungsrat setzt dafür auf elf «technische, bauliche und betriebliche Massnahmen», wie er in einer Mitteilung schreibt. Für die Umsetzung beantragt er dem Grossen Rat einen Kredit von 5,5 Millionen Franken.

Bänder für weniger Kot im Stall

Bei Legehennen zum Beispiel sollen sogenannte Kotbänder, die unter dem Rost jeder Etage angebracht sind, den Mist aus dem Hühnerstall befördern. Und für die Ställe von Mastpoulets und Schweinen sind

Abluftreinigungsanlagen vorgesehen. Auch bei der Fütterung sind mehrere Massnahmen geplant.

Künftig müssen Bauern beim Güllen dafür sorgen, «den Mist auf Ackerflächen rasch einzuarbeiten». Zudem fördert der Kanton den «Schleppschuh und Gölledrill», eine technische Anlage, um den Dünger bodennah zu verteilen und nicht in die Luft zu spritzen. Letzteres ist seit 2024 auch eine Auflage des Bundes.

Explizit aufgeführt im Massnahmenplan des Regierungsrates: Bei all den Massnahmen soll die Anzahl Tiere pro Hof unverändert bleiben. Weshalb er beim Tierbestand keinen Handlungsbedarf sieht, begründet er nicht.

Der Bauernverband unterstützt den Plan

Dass der Tierbestand gleich bleiben kann, ist ganz im Sinne des Bauernverbands. Dieser unterstützt den Massnahmenplan, wie er in einer Mitteilung schreibt. Dies vor allem auch, weil «der Regierungsrat anerkennt, dass es keinen Sinn ergibt, das Ziel mit einer Reduktion der Tierbestände zu erreichen.»

Man sei bereit, weitere Massnahmen umzusetzen, da auch die Landwirtschaft daran interessiert sei, «dass der Stickstoff dem Pflanzenwachstum dient und nicht in die Luft entweicht.» Der Bauernverband erwartet vom Kanton allerdings «einen Vollzug mit Augenmass und dass der hohen Witterungsabhängigkeit der

Landwirtschaft Rechnung getragen wird», wie es in der Mitteilung heisst.

«Entscheidend ist die rasche Umsetzung»

Auch Matthias Betsche, Geschäftsführer von Pro Natura und GLP-Grossrat, stimmt der vorliegende Massnahmenplan positiv. Den Ausstoss von Ammoniak bis 2030 um 15 Prozent zu verringern, sei machbar und realistisch. «Das ist ein wichtiger und ernsthafter Fortschritt», so Betsche. «Entscheidend ist, dass diese Massnahmen nun so rasch wie möglich umgesetzt werden.»

Um das Ziel zu erreichen, dürfe der Tierbestand in der Aargauer Landwirtschaft nicht weiter ansteigen. Weniger Tiere pro Hof fordert Betsche aber nicht. Der Massnahmenplan ist für ihn ein Kompromiss: «Es geht jetzt nicht darum Prinzipdiskussionen zu führen, sondern die Ammoniakbelastungen mit den innert 5 Jahren umsetzbaren Massnahmen zu reduzieren.»

Der Aargau fällt hinter den nationalen Zielen zurück

Betsche will nun auf die Fortschritte fokussieren, die mit den Massnahmen möglich sind. Zugleich zweifelt er daran, dass die Anstrengungen ausreichen werden. Denn der Massstab sei die Luftreinhalte-Verordnung. «Angesichts dessen, wie stark die Grenzwerte derzeit überschritten sind, ist dieser Massnahmenplan wohl nur ein erster Schritt, damit es vorwärts geht.»

Das sieht der Kanton ähnlich. So hält das Departement Bau, Verkehr und Umwelt im Massnahmenplan fest: Verglichen mit dem nationalen Ziel, wonach die gesamten Ammoniakemissionen gegenüber 2015 um 37 Prozent zu reduzieren sind, wird mit den geplanten Massnahmen nur ein Teil der erforderlichen Emissionsreduktion erreicht. Daher stelle das kantonale Reduktionsziel von 15 Prozent nur ein Etappenziel dar.

Derzeit liegt der Massnahmenplan bis am 15. März zur Anhörung auf. Bis dann können Parteien, Verbände und Betroffene oder Interessierte dazu Stellung nehmen.

Mehr zum Thema

abo+ REPORTAGE

Warum der Kanton Luzern seine Gülle im Aargau entsorgt

✓ Gelesen



BONISWILER RIED

Verbindliche Regelung gefordert: Bund macht Druck bei Pufferzone am Hallwilersee

✓ Gelesen



Für Sie empfohlen



GROSSER RAT

Martina Bircher mit Velo verunfallt und verletzt – doch sie legt zum Legislaturstart einen tapferen Auftritt hin



abo+ REINACH / ROTUMA ISLAND

Wie dieses Aargauer Ehepaar auf einer kleinen Insel mitten im Pazifik lebt



FRANKREICH

Jean-Marie Le Pen ist tot: Abgang einer schwarzen Seele



abo+ CLAN-REPORT 18

«Kein Mensch fragt, woher das Geld kommt»: Die dreisten Methoden der kriminellen Autohändler-Clans



REGION AARAU

Er schenkte der Stieftochter «Fuck me»-Unterwäsche und schändete sie

Copyright © Aargauer Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Aargauer Zeitung ist nicht gestattet.